

bewegung wieder ins Leben gerufen worden, und sie hat heute schon wieder mehr Mitglieder als vor ihrer Unterdrückung durch die deutsche Besatzung.

Über die sozialistischen Organisationen sagen die Bischöfe dann weiter Folgendes: „In den sozialistischen Organisationen, wie z. B. in dem Niederländischen Gewerkschaftsverband, zeigt sich eine Tendenz, sich von den marxistischen Prinzipien, die die Kirche immer verdammt hat, und von der rein materialistischen Ausrichtung zu lösen. Deswegen glauben die Führer dieser Organisationen, daß sie nicht mehr für Katholiken verboten seien. Obwohl uns die Entwicklung, die sich in den sozialistischen Verbänden vollzieht, nicht verborgen geblieben ist, scheint es uns ein Gebot der Klugheit zu sein, vorläufig unsere Entscheidung über die Zugehörigkeit der Katholiken zu sozialistischen Organisationen aufrechtzuerhalten, bis die Tatsachen beweisen, daß ihre Ausrichtung nicht mehr mit den christlichen Grundsätzen im Widerspruch steht. Wenn dieser Augenblick gekommen ist, werden wir weitere Erklärungen zu dieser Frage abgeben.“

Zu der Frage neutraler sozialer und kultureller Bewegungen sagen die Bischöfe, daß, solange diese Organisationen keine antichristlichen Ziele verfolgen, die Zusammenarbeit von Katholiken mit ihnen zur Aufrichtung einer besseren sozialen Ordnung zwar nicht verboten, aber die eigentliche Zugehörigkeit von Katholiken zu solchen Vereinigungen nicht im Sinne der Bischöfe sei, sie sollten vielmehr nur solchen Organisationen angehören, die eindeutig einen christlichen Standpunkt vertreten.

Zu diesem Hirtenbrief veröffentlicht die katholische Tageszeitung „De Tijd“ eine aus amtlicher Quelle stammende Erläuterung, die besagt, daß sich der Hirtenbrief und sein Verbot nur auf Organisationen sozialen und kulturellen Charakters beziehe, nicht jedoch auf Organisationen politischen Charakters. Das Verbot richtet sich also gegen die Zugehörigkeit zur Einheitsgewerkschaft und zu den sozialistischen Gewerkschaften, in deren Fall es sich jedoch um eine vorläufige Maßnahme aus Klugheitsgründen handelt, deren prinzipieller Charakter dahingestellt bleibt, bis die Entwicklung dieser Organisationen klarer zu übersehen ist. Über die Zugehörigkeit zu politischen Parteien spricht sich der Hirtenbrief jedoch nicht aus, obwohl die Bischöfe auch hier der Meinung sind, daß die Zugehörigkeit zu solchen Parteien, die eindeutig auf christlichem Standpunkt stünden, vorzuziehen sei.

Die neugegründete holländische Arbeiterpartei „Arbeid“ wird also von dem Verbot nicht getroffen. Diese neue Arbeiterpartei ist entstanden aus der früheren sozialistischen Partei, den Radikaldemokraten, den christlichen Demokraten, einigen Gruppen der protestantischen Widerstandsbewegung und einer katholischen Widerstandsgruppe „Christofoor“. Sie schließt Kommunisten aus ihren Reihen aus. Das Programm dieser Arbeiterpartei sieht eine Nationalisierung der Bergwerke, der Banken und anderer Monopole, eine ausgebildete So-

zial- und Familienversicherung vor und erkennt das Recht der überseeischen Teile des holländischen Reiches auf Selbstbestimmung an. In Bezug auf die religiösen Fragen enthält das Programm den Satz, daß die Kirchen über alle Dinge befragt werden sollen, die sie angehen.

Eine internationale Tagung zum Studium der sozialen Fragen

Der nordamerikanische Katholizismus betrachtet — worauf wir an anderer Stelle dieses Heftes schon hingewiesen haben — den Verkehr und den Meinungsaustausch mit dem Katholizismus der Länder Süd- und Mittelamerikas als eine aus der politischen Situation der interamerikanischen Zusammenarbeit sich unmittelbar ergebende dringliche Aufgabe. Da nun der Schwerpunkt aller öffentlichen Tätigkeit der amerikanischen Katholiken in den Fragen der Erneuerung der Gesellschaft durch Anwendung der christlichen Grundsätze in Wirtschaft, Politik und Sozialpolitik und insbesondere in der Prüfung und Klärung der sozialen Probleme liegt, und da eben diese Probleme der sozialen Ordnung bzw. Unordnung auch zu den schwierigsten und dringendsten Fragen der Kirche Lateinamerikas gehören, so ist es nicht verwunderlich, daß die Initiative der nordamerikanischen Katholiken sich besonders auf eine Zusammenarbeit in diesem Bereiche richtet.

Schon im Jahre 1942 hatte in Amerika eine Zusammenkunft von Vertretern der Kirchen und der Organisationen der katholischen Aktion Mittel- und Südamerikas mit nordamerikanischen Führern der Katholischen Aktion zur gemeinsamen Beratung über soziale Fragen stattgefunden. Die Initiative ging schon damals von der katholischen Wohlfahrtskonferenz aus, und es hatten sich 15 Vertreter der anderen amerikanischen Staaten dazu eingefunden. Nachdem der Zusammenschluß der lateinischen Staaten durch die politischen Ereignisse seit 1939 so erhebliche Fortschritte gemacht hat und nachdem inzwischen wohl jeder eingesehen und anerkannt hat, daß die Begründung eines dauerhaften und wahren Friedens von einer gründlichen Lösung der dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme abhängt, mußte der Versuch, eine zweite solche Versammlung abzuhalten, ein erheblich größeres Echo und erheblich größeren Anklang als damals finden.

Die Nationale Katholische Wohlfahrtskonferenz zusammen mit der kubanischen Organisation der Katholischen Aktion rief im Januar 1946 zu einer interamerikanischen katholischen Studientagung über soziale Fragen in Havanna auf Kuba zusammen. Auf dieser Tagung waren alle Staaten Amerikas und auch die europäischen Kolonien in Mittel- und Südamerika vertreten. Außerdem hatten fünf nichtamerikanische Länder, nämlich Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande Beobachter zu der Tagung entsandt. Die amerikanische Presse notierte, daß

als eigentliche Überraschung der Tagung sich herausstellte, daß in vielen der mittel- und südamerikanischen Republiken katholische Bewegungen bestehen, die, wenn auch nicht in der umfassenden Weise wie in Nordamerika, doch eine erhebliche Arbeit auf dem sozialen Gebiet sowohl theoretisch wie praktisch geleistet haben, so daß also das Verhältnis der Nordamerikaner zu den Vertretern der anderen Staaten durchaus nicht das des Lehrers gewesen sei, sondern daß sie selber wichtige und wesentliche Dinge gelernt hätten.

Es wurde weiter als bemerkenswert bezeichnet, wie sehr bei den Vertretern der süd- und mittelamerikanischen Staaten Fragen, die mit dem Vordringen des Kommunismus im Zusammenhang stehen, im Vordergrund des Interesses gestanden hätten. Hier konnten nun gerade die Nordamerikaner ihren lateinamerikanischen Brüdern zeigen, wie ein radikales Durchdenken der sozialen und wirtschaftlichen Probleme und ein gründliches und auf gesunden Grundsätzen aufbauendes Programm, das den Arbeiter wirklich anspricht und anzieht, imstande ist, der kommunistischen Gefahr ein energisches Halt zu gebieten.

Von den Verhandlungen der Studientagung war besonders bemerkenswert der Vortrag des Führers der U.S.-amerikanischen Delegation, des Bischofs von Toledo, *Carl J. Alter*, der von der einheitlichen religiösen Grundlage aller katholischen sozialen Aktionen in den Ländern Amerikas ausging.

Sie beruhen auf den in den großen päpstlichen Enzykliken niedergelegten sozialen Lehren. Aus diesen großen sozialen Prinzipien muß durch ihre auf sorgfältiger wissenschaftlicher Untersuchung der Tatsachen gegründete Anwendung auf die konkreten Probleme ein praktisches und wirksames soziales Programm geschaffen werden. In diesem Gebiet der Anwendung herrscht die Regel der Freiheit, da die Technik und die Methoden der Anwendung der Grundsätze von der konkreten Situation abhängen.

Unsere konkrete Situation verlangt eine gründliche *Planung* im Bereiche der Wirtschaft. Diese Planung steht nicht im Widerspruch mit christlichen Prinzipien, wohl aber der Gedanke, daß sie allein und ausschließlich vom Staate geleistet werden könne. Die Hauptfrage sei, wieviel an zentraler Planung notwendig sei und von wem die Planung ausgehen solle. Ginge sie vom Staate allein aus, so bedeute das ein Übergewicht des Staates, das zum Schluß sicher zur Tyrannei und Verfolgung führt. Der Staat muß diese Aufgabe vielmehr den unter ihm stehenden Körperschaften, den Ständen und den Industrieorganisationen, überlassen und sich die Freiheit bewahren zu seiner eigentlichen Aufgabe, nämlich der obersten Leitung, die je nach den Umständen anregend oder drosselnd eingreift. Es sei also seine Funktion, ein Rahmenwerk sozialer Gesetzgebung zu schaffen, innerhalb dessen die Landwirtschaft, die Industrie und die freien Berufe die ihnen zugewiesenen Aufgaben erfüllen können.

Der Geist, in dem diese Aufgaben erfüllt werden, müsse der der *Solidarität* sein, die er als den anderen grundlegenden Begriff der katholischen sozialen Lehre bezeichnete und die er bestimmt als den organischen und hierarchischen Aufbau der Gesellschaft nach den jeweiligen Funktionen ihrer Glieder. Die Solidarität schließe das Monopol, den rücksichtslosen Wettbewerb, den Finanzkapitalismus und den rücksichtslosen Klassenkampf aus. Als Ersatz dafür fordert sie die Berufsgruppe, die aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzt ist, die in der Produktion eine gemeinsame gesellschaftliche Funktion ausüben.

Über die *Arbeiterfrage* sagte Bischof Alter, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß ein Grundrecht der Arbeiterschaft sei, das unbedingt anerkannt werden müsse. Die zum Lebensunterhalt ausreichenden Löhne haben in der Industrie den Vorrang vor dem Gewinn. Aber Löhne und Preise müssen im Gleichgewicht sein, wenn das Ziel der sozialen Gerechtigkeit erreicht werden soll. Auch die Arbeiterschaft muß das gemeine Wohl bedenken und darf die Preise nicht hinaufdrücken und etwa eine Inflation verursachen, die allen Volksgenossen, die von Ersparnis und von festem Einkommen leben, große Ungerechtigkeiten und Leiden bringen würde.

Über die Probleme der *Landwirtschaft* sagte er, daß gerade sie in Amerika am vordringlichsten seien. Die „Ethik des Eigentums“ verlange in ihrer praktischen Anwendung eine weitgehende Verteilung des Grundbesitzes, damit die große Masse der ländlichen Bevölkerung in den Besitz von so viel Land kommen kann, wie ausreicht, um ihnen und ihren Familien ein anständiges und sicheres Auskommen zu garantieren. Jedoch dürfe die Enteignung des großen Landbesitzes, der unter Umständen nicht zu umgehen sei, niemals ohne entsprechende Entschädigung erfolgen.

Die Landwirte sollten unter sich Kreditgenossenschaften und Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften bilden, und zwar, wenn möglich, im Rahmen der Pfarreien, damit diese Genossenschaften von den höchsten Motiven, nämlich denen der christlichen Liebe, und nicht denen eines finanziellen Gewinnes oder rein materiellen Vorteils beseelt wären.

Dieser Vortrag des nordamerikanischen Bischofs war kennzeichnend für den Geist der Tagung und den Umkreis der Aufgaben, die sie sich gestellt hatte, wie der von ihr einstimmig aufgenommene Schlußbericht zeigt.

Im Anfang dieses Berichtes spricht sich das Selbstgefühl Amerikas kraftvoll aus: „Die Teilnehmer dieser Tagung sind Katholiken und Amerikaner, sie sind Bürger der Neuen Welt. Diese Neue Welt hat physisch und geistig weniger Schaden durch die beiden Weltkriege erlitten als Europa. Amerika muß jetzt einen großen Teil der Bürde auf sich nehmen, die Europa teils zum Guten und teils zum Bösen solange getragen hat.“

Dann wird die Stellung der Tagung zu den einzelnen Problemkreisen formuliert, als deren wichtigste die Rassenfrage, die Arbeiterfrage und die Frage der landwirtschaftlichen Neuordnung bezeichnet wird.

Zur *Rassenfrage* erklärt der Bericht, sie sei in Lateinamerika „kein Problem des Klassenkampfes, sondern ein Kulturproblem, das nur nach dem Beispiel der Missionare gelöst werden kann, die den Völkern Amerikas die Kultur gebracht haben.“

Zur *Arbeiterfrage* lehnt er den Klassenkampf ab und erklärt die Kooperation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern als notwendig zur Verwirklichung der

sozialen Gerechtigkeit. „Die beiden ersten Ziele sollen der Familienlohn und eine Einkommen- und Preishöhe sein, die ständige Beschäftigung und volle Produktion sichern. Der Arbeitsvertrag soll die Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung, am Betriebseigentum und am Gewinn vorsehen.“

Für die *landwirtschaftliche Neuordnung* bezeichnet der Bericht als Ideal die im Familienbesitz befindliche Farm, deren Umfang imstande ist, eine Familie zu ernähren. Diese Familienfarm setzt eine gründlich durchorganisierte genossenschaftliche Bewegung voraus, damit ein Maximum an Wohlstand aus ihr herausgeholt werden kann.

Aus der ökumenischen Bewegung

Der Ökumenische Kirchenrat in Genf

Vom 21.—23. Febr. 1946 trat in Genf der vorläufige Ausschuß des Ökumenischen Kirchenrates zum ersten Male seit 1939 zu einer Plenarversammlung zusammen. Dieser provisorische Ausschuß wurde im Jahre 1937 auf den ökumenischen Tagungen in Oxford und Edinburgh geschaffen, um die endgültige Verfassung eines ökumenischen Rates vorzubereiten. Der Krieg hat die Arbeit des Ausschusses unmöglich gemacht, obgleich während der ganzen Kriegszeit seine Mitglieder in ständigem Austausch miteinander standen und er ein ausgedehntes Hilfswerk sowohl für Kriegsgefangene wie für die zivile Bevölkerung der besetzten Länder durchgeführt hat.

Die Hauptaufgabe der Sitzung war die Vorbereitung der nächsten Tagung des ökumenischen Rates und die Festsetzung eines Termins für sie. Diese Tagung wurde auf August 1948 festgesetzt und die endgültige Konstituierung des ökumenischen Rates soll auf ihr stattfinden. Das Thema der Tagung soll sein, „Die Ordnung Gottes und die Unordnung des Menschen.“ Zu ihrer Vorbereitung wurde eine Kommission eingesetzt, die in vier Unterausschüssen arbeitet.

Die Arbeit des ersten dieser Unterausschüsse steht unter dem Thema: „Die allgemeine Kirche als Vorwegnahme der Ordnung Gottes.“ Diese Kommission soll sich mit folgenden Fragekomplexen beschäftigen: Die Lehre von der Kirche, wie sie im Neuen Testament enthalten ist. Die Lehre von der Kirche und die Tatsache der ökumenischen Bewegung. Die Wirklichkeit der *Una Sancta* in der Pfarrei und in der Gemeinde. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Die Kommission baut auf einer großen Anzahl von Vorarbeiten auf, die seit den Tagungen von Oxford und Edinburgh geleistet worden sind.

Die Arbeit des zweiten Unterausschusses steht unter dem Thema: „Die Verkündigung der Ordnung Gottes“. Sie untersucht die Probleme der Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute. Dabei unterscheidet sie eine „vorchristliche“ und eine „nachchristliche“ Welt. Für die Fragen der Verkündigung in der vorchristlichen Welt arbeitet sie aufs engste mit dem Studienausschuß des internationalen Rates der Missionen zusammen. Im Zusammenhang mit dem zweiten Problemkomplex der Verkündigung in der „nachchristlichen“ Welt ist die Gründung eines „Ökumenischen Studienzentrums für christliche Führer“ geplant, das Ende dieses Jahres eröffnet werden soll und vorläufig Platz für 60 Studierende vorsieht. Die Arbeit dieses Studienzentrums soll vor allen Dingen die Heranbildung christlicher Laien sein und sein Interesse richtet sich vor allem auf die Nöte und Bedürfnisse des verwüsteten Mitteleuropa.

Die dritte Unterkommission untersucht die Fragen, die mit dem Thema „Die Kirche und die Unordnung der Gesellschaft“ zusammenhängen. Der Generalsekretär des ökumenischen Rates, der Engländer Oliver Tomkins, beschreibt die Aufgabe dieser Kommission folgendermaßen: „Diese Kommission“, sagt er, „untersucht vor allem die Probleme, die zusammenhängen mit dem modernen Glauben an das Heil durch die Wissenschaft. Seit 1937 hat sich in den meisten Ländern der Gesichtspunkt, unter dem die Frage der sozialen Gerechtigkeit betrachtet wird, gewandelt. Dadurch, daß ein relativ etwas höherer Grad von Gerechtigkeit erreicht worden ist, ist die Gefahr entstanden, daß der Mensch einer Diktatur der „Techniker“ und der Versklavung durch die neue rationalmechanische, hygienische Wohlfahrtsordnung unterworfen wird. Der Glaube, daß eine größere Anzahl Maschinen und eine fortschreitende maschinelle Vervollkommnung, daß besserer und umfassenderer Unterricht ein Heilmittel für alle unsere sozialen Übel sind, ist eine Häresie, die